

Postulat über die Ausarbeitung von umfassenden Massnahmen zur Verhinderung der Unterschiede des verfügbaren Einkommens von Erwerbstätigen im Niedriglohnbereich zum verfügbaren Einkom- men in der Sozialhilfe

eröffnet am 3. Dezember 2007

Am vergangenen Mittwoch, 14. November 2007, wurde die Studie der Skos (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) mit dem Titel «Sozialhilfe, Steuern und Einkommen in der Schweiz» veröffentlicht.

Diese Studie zeigt klare Schwachstellen auf, die bis anhin nur vermutet, aber nicht klar belegt werden konnten. Darin wurde untersucht, wie sich die konkreten finanziellen Verhältnisse von Haushalten mit Anspruch auf Sozialhilfe in den 26 Kantonshauptorten gestalten, nachdem Miete, Krankenversicherungsprämien, Krippenkosten und eventuell Steuern bezahlt sind. Sie legt die Ergebnisse des zweiten Teils einer Untersuchung vor, deren erster Teil die Wirkung der kantonalen und kommunalen Abgabe- und Transfersysteme ausserhalb der Sozialhilfe auf das frei verfügbare Einkommen erhoben hat. In der Studie wird unterschieden zwischen Haushalten ohne Erwerbstätigkeit und Haushalten mit Erwerbstätigkeit, deren Lohn Einkommen zur Deckung des Lebensunterhalts nicht ausreicht.

Einen weiteren Schwerpunkt legt die Studie auf die Schwelleneffekte bzw. die sogenannten systembedingten Ungerechtigkeiten beim Eintritt in die Sozialhilfe und beim Austritt aus der Sozialhilfe. Letztendlich geht es auch um die sozialpolitische Frage, ob Niedriglohnverdienende, die keine Sozialhilfe beziehen, besser oder schlechter gestellt sind als vergleichbare Haushalte mit Anspruch auf Sozialhilfe.

Mit der vorliegenden Studie wurde ein Instrument geschaffen, mit dem die Kantone ihr Sozialsystem präzise durchleuchten und allfällige Schwachstellen aufdecken können. Auch für den Kanton Luzern besteht nun die Möglichkeit der Überprüfung, um falsche Anreize zu eliminieren und entsprechende Korrekturen und Verbesserungen vorzunehmen. Wir gehen klar vom Grundsatz aus, dass sich Arbeit in jedem Fall lohnen muss und dass sich die Wahrnehmung von Eigenverantwortung für jeden Einzelnen auch bezahlt macht.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, so rasch wie möglich – wo notwendig zusammen mit den Gemeinden – umfassende Vorschläge und Massnahmen (Höhe der Sozialhilfe, Anreizsysteme, Besteuerung der Niedrigeinkommen, Prämienverbilligung usw.) auszuarbeiten und dem Parlament vorzulegen, damit diesem Umstand so schnell wie möglich Abhilfe geschaffen werden kann.

Arnold Erwin

Eggerschwiler-Bättig Hedy

Peyer Ludwig

Bründler-Lötscher Bernadette

Gmür-Schönenberger Andrea

Gehrig Markus

Helfenstein Gianmarco

Roth Stefan

Knüsel Kronenberg Marie-Theres

Zängerle Pius

Muff Irene

Riva Guerino

Zemp Thomas

Zosso Peter

Bucher Peter

Zurkirchen Peter

Roos Willi Marlis

Schmassmann Adrian

Kunz Urs

Vogel Robert

Müller-Kleeb Erna

Müller Leo

Lütolf Jakob

Pfäffli-Oswald Angela

Leuenberger Erich

Schmid Bruno

Stöckli Beat

Bucher Franz

Gloor Daniel

Furrer Sepp

Kaufmann Pius

Duss-Studer Heidi

Meier-Schöpfer Hildegard